

IHK/ Handwerkskammer

Zu I.: Aktionsfeld Wirtschaftsstandort

Berlin befindet sich seit einigen Jahren auf der wirtschaftlichen Überholspur. Allein seit 2006 haben sich in unserer Stadt Tausende Unternehmen niedergelassen oder wurden neu gegründet, über 100.000 neue Arbeitsplätze sind entstanden. Die Politik des von mir geführten Senats hat die Rahmenbedingungen für diesen wirtschaftlichen Erfolg gesetzt. Unsere Kompetenzfeldstrategie fördert Berlins wirtschaftliche Stärken und mit dem Masterplan Industrie legten wir das Fundament für eine industrielle Entwicklung, die sich auf nachhaltige Technologien gründet. Die Neuausrichtung des Unternehmensservices, der seit 2009 auch auf bezirklicher Ebene als kompetenter Dienstleister zur Seite steht, begünstigt die Ansiedlung vielversprechender Unternehmen.

Die Berliner Wirtschaft wird auch in der kommenden Wahlperiode im Fokus sozialdemokratischer Politik stehen. Wir haben viel vor: Berlin soll zur Hauptstadt der nachhaltigen Technologien werden. Besonderes Potential sehen wir dabei u. a. in den Bereichen Elektromobilität, Informations- und Kommunikationstechnologien oder Gesundheitswirtschaft. Unser Konzept der Zukunftsorte sieht die Ansiedlung einzelner Wirtschaftscluster rund um Hochschulen und Industrie vor, etwa auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof oder dem Campus Buch.

Obwohl Tourismus in Berlin schon boomt, sehen wir hier noch mehr Potential: bis 2020 wollen wir mehr als 30 Millionen Übernachtungen in Berlin realisieren. Unsere „City Tax“ soll direkt in die Förderung dieses wichtigen Wirtschaftszweiges fließen. Ein weiterer Wachstumsbereich ist die Medien- und Kreativwirtschaft, die einen einheitlichen Ansprechpartner direkt beim Regierenden Bürgermeister bekommen wird. Zusätzlich werden wir dieser Branche bessere Zugänge zu Förderprogrammen und Krediten einrichten.

Gerade auch Handel, Handwerk und Gewerbe werden vom Wirtschaftswachstum profitieren. Die Ansiedlung nachhaltiger Technologien, der boomende Tourismus und der reichliche Bestand an gut ausgebildeten Fachkräften bieten enorme Chancen. Die SPD betrachtet den Mittelstand auch weiterhin als das Rückgrat der Berliner Wirtschaft.

Zu II.: Aktionsfeld Unternehmensförderung

Unter Gründern hat sich Berlin einen Ruf erarbeitet als vielversprechender Standort für die Etablierung innovativer Ideen und Konzepte. Unsere Stadt hat bereits heute die höchste Gründungsdynamik Deutschlands. Wir stellen Berliner Unternehmen eine Vielzahl von Förderprogrammen und Beratungsangeboten zur Verfügung.

In der nächsten Wahlperiode planen wir, die Förderung besser auf die Bedürfnisse von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) abstimmen, etwa durch die Vergabe von Mikrokrediten oder der konzertierten Beschaffung von Venture Capital. Neugründungen fördern wir zusätzlich durch unternehmensnahe und individuelle Gründungsberatung.

Bedeutsam für die Wirtschaftsförderung des Landes Berlin werden auch weiterhin Mittel aus den europäischen Strukturfonds sein. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch bei einer Reform sichergestellt wird, dass Metropolen mit ihren spezifischen Problemen berücksichtigt werden. Die „städtische Dimension“ muss als Förderdimension weiter ausgebaut werden.

Zu III.: Aktionsfeld Standortfaktor Verwaltung

Die SPD war in den letzten Jahren der Garant für eine sparsame öffentliche Verwaltung und strikte Ausgabendisziplin. Bis 2020 wollen wir eine umfassende Modernisierung der Verwaltung des Landes Berlin vornehmen. Wir nehmen dabei auch den Bereich der internen Organisation vermehrt in den Fokus. Hier werden wir durch die kritische Überprüfung bislang durchgeführter Modernisierungsvorhaben, den Abbau unnötiger Doppelstrukturen und die gemeinsame Organisation gleichartiger Aufgaben sowie weitere Aufgabenkritik Verbesserungen herbeiführen. Dabei sind wir jedoch strikt gegen eine Privatisierung wesentlicher öffentlicher Aufgaben.

Zusätzlich werden wir vermehrt moderne Controlling- und Steuerungselemente verwenden, flexible Organisationsstrukturen aufbauen und integrative, ressort- und ebenenübergreifende Arbeitsformen weiterentwickeln. Durch den weiteren Ausbau informationstechnischer Dienste und Verfahren optimieren wir verwaltungsinterne Informations- und Leistungsprozesse. Die Bereitstellung und der Betrieb der dafür erforderlichen Infrastruktur sind ökologisch und ökonomisch nach dem neuesten Stand zu gewährleisten.

Politik und Verwaltung sollen sich in besonderem Maße den Kriterien des „Open Governments“, also der weiteren Öffnung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, verschreiben. Wir wollen, dass Informationen und Dienste der Verwaltung umfassend, aktuell, vollständig und barrierefrei online verfügbar gemacht werden. Dies trägt zu mehr Transparenz und Teilhabe bei und fördert die Zusammenarbeit der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche.

Unsere Verwaltungsmodernisierung wird die Serviceorientierung des Öffentlichen Dienstes nochmals deutlich erhöhen. Dazu gehört auch die Stärkung der interkulturellen Kompetenz und der Europafähigkeit der Verwaltung. Forderungen nach einer Säumnisgebühr, die die Behörden des Landes Berlin bei einer Überschreitung von Terminvereinbarungen entrichten sollen, halten wir jedoch - nicht zuletzt mit Verweis auf die schlechte öffentliche Haushaltslage - für illusorisch.

In wirtschaftspolitischen Fragen soll das Land Berlin weiterhin eng mit dem Land Brandenburg kooperieren, um die Metropolregion Berlin-Brandenburg zu stärken.

Zu IV.: Aktionsfeld Arbeitsmarkt

Im Bereich Arbeitsmarktpolitik konnte die SPD in Berlin in den letzten Jahren nachhaltige Erfolge erzielen. Wir haben die Arbeitslosigkeit gesenkt, über 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und eine Offensive für Fachkräfte und Ausbildung gestartet.

Dennoch gibt es weiterhin viel zu tun. Wir setzen alles daran, dass wieder mehr Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten und sie am Aufschwung Berlins teilhaben. Dafür stellt die SPD die Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren neu auf. Wir planen eine große Reform der Jobcenter, denn sie arbeiten dann erfolgreich, wenn sie bürgernah, effizient und unbürokratisch sind. Die Jobcenter in Berlin sollen dezentraler arbeiten, kleiner werden und näher am Menschen sein.

Dazu werden wir gemeinsam mit der Arbeitsagentur ein Modellprojekt für Muster-Jobcenter in einigen Bezirken aufstellen. Hier werden Jobcenter in die Kieze verlagert, verkleinert und kundennäher aufgestellt. Wir verbessern den Betreuungsschlüssel zwischen Vermittlern und Arbeitslosen, bauen Bürokratie ab und stellen eine persönliche Betreuung sicher.

In der nächsten Wahlperiode bleibt der zweite Arbeitsmarkt eine feste Säule der Qualifizierungspolitik sein. Dabei wollen wir gemeinwohlorientierte Arbeit weiter ausbauen. Wir richten sie zielgenauer aus und erhöhen den Anteil an Qualifizierung, damit die aktive Arbeitsmarktpolitik Brücken zum ersten Arbeitsmarkt baut. So können wir gerade auch Langzeitarbeitslose fit für den ersten Arbeitsmarkt machen. Die Unternehmen sind aufgefordert, diesem Personenkreis reelle berufliche Chancen zu verschaffen, anstatt sich über angebliche mangelnde Motivation auszulassen.

Wer Arbeitsplätze schaffen und Lohndumping bekämpfen will, muss Sorge tragen, dass der wirtschaftliche Wettbewerb nach fairen Regeln erfolgt. Aus dieser Verantwortung heraus treten wir allen Formen der Schwarzarbeit entschlossen entgegen. Wir wollen sie effektiv eindämmen und werden zu diesem Zwecke die Zusammenarbeit der Behörden verbessern. So schützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und bewahren die Sozialsysteme vor Missbrauch. Es darf nicht sein, dass durch Schwarzarbeit Wettbewerbsvorteile zu Lasten anderer erzielt werden.

Darüber hinaus wollen wir die Rahmenbedingungen für Berufstätige mit Familie verbessern. Der Schlüssel zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt bei einer weiteren Flexibilisierung von Kinderbetreuung. Geeignete Maßnahmen sind hier der weitere Ausbau von Kitas und längere Öffnungszeiten. Wir stellen sicher, dass viele Kitas in Berlin weiterhin Öffnungszeiten von bis zu zwölf Stunden anbieten können. Um den Betreuungsbedarf außerhalb der Kitaöffnungszeiten abdecken zu können, wollen wir vermehrt auf Angebote der ergänzenden Tagespflege setzen.

Zu V.: Aktionsfeld Fachkräfte, Bildung und Integration

Bereits im frühen Kindesalter werden die Grundlagen zu guter Bildung gelegt. Die SPD wird deshalb in der nächsten Wahlperiode ein besonderes Augenmerk auf die Sprachförderung legen. Jedes Kind wird künftig zwei Sprachtests vor Schuleintritt durchlaufen. Im schulischen Bereich werden wir in den kommenden Jahren die Ganztagsbetreuung ausbauen, die Lehrerbildung reformieren und das Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm weiterführen.

Weiterhin wollen wir den Übergang von der Schule zur Ausbildung verbessern. Das unübersichtliche Übergangssystem muss effizienter werden: Niemand soll mehr in der Warteschleife nicht-zielgerichtete Maßnahmen durchlaufen! In Zukunft setzen wir auf die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche, die sich bundesweit als sehr förderlich für den Übergang in die Ausbildung erwiesen hat.

In der Ausbildung setzen wir auf das duale System. Die Kombination aus Theorie und Praxis in Berufsschule und Betrieb ermöglicht die volle Berufsfähigkeit. Jeder Jugendliche kann so das individuell höchstmögliche Qualifikationsniveau erreichen. Durch den Ausbau und die Stärkung der Verbundausbildung werden Betriebe unterstützt, sich zu Ausbildungsbetrieben weiterzuentwickeln. So können genügend Fachkräfte für Wirtschaft, Gesundheitswesen und Pflege ausgebildet werden.

Zur Sicherung ihres eigenen Fachkräftebedarfs muss aber auch die Berliner Wirtschaft ihren Teil beitragen. Wir fordern die Unternehmen auf, genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen und junge Menschen mit geeigneten Maßnahmen zu qualifizieren, anstatt über mangelnde Ausbildungsreife zu lamentieren. Unternehmen müssen künftige Fachkräfte frühzeitig binden und attraktive Arbeitsbedingungen anbieten.

Gerade auch beruflich Qualifizierten ohne Abitur wollen wir den Weg zur Aufnahme eines Studiums ebnen. Dazu benötigen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote an den Hochschulen und eine bessere Anerkennung von Leistungen der beruflichen Bildungsgänge. Das Lehr- und Lernangebot muss stärker auf die Bedürfnisse von Teilzeitstudierenden ausgerichtet werden. Wir werden die Entwicklung dualer und trialer Ausbildungs- und Studiengänge weiter fördern. Überdies treten wir für die sofortige Umsetzung des Gesetzes zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein.

Zu VI.: Aktionsfeld Wissenschaft und Technologietransfer

Berlin zählt zu den größten und vielfältigen Wissenschafts- und Forschungsregionen Europas. Sozialdemokratische Wissenschaftspolitik hat in den letzten Jahren die Berufung von 451 neuen Professoren und die Einstellung von 2.300 zusätzlichen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgesetzt. Seit 2006 haben wir 7.000 neue Studienplätze geschaffen und die Studienbedingungen verbessert. Berliner Hochschuleinrichtungen gewannen im Exzellenzwettbewerb sieben Graduiertenschulen und vier Exzellenzcluster.

Dabei ist die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft ein Ziel, das der SPD-geführte Senat seit zehn Jahren hartnäckig und erfolgreich verfolgt. Berlin ist heute ein Standort für Zukunftsindustrien und -technologien. Hier produzieren hochinnovative Firmen die Produkte von morgen, wie etwa in Berlin Adlershof, Deutschlands größtem Technologiepark. Nach diesem Erfolgsbeispiel werden wir in den kommenden Jahren sog. Zukunftsorte einrichten, regionale Wirtschaftskluster rund um Hochschulen und Industriebetriebe.

Wir entwickeln strategische Partnerschaften zwischen Industrie, Dienstleistungsunternehmen und Wissenschaftseinrichtungen und optimieren bestehende Transferprogramme. Durch den Ausbau von Forschungsallianzen werden wir Unternehmen und Berliner Forschungs- und Hochschuleinrichtungen enger miteinander verzahnen. Auch das Instrument der Hochschulverträge nutzen wir künftig dazu, die Hochschulen noch stärker mit der Berliner Industrie zu verknüpfen. Im universitären Bereich müssen Hochschulen in gefragten Disziplinen die Anzahl der Studienplätze erhöhen. Dabei treten wir jedoch weiterhin für ein gebührenfreies und demokratisches Hochschulwesen ein: alle Hochschulmitglieder sollen an den Entscheidungsprozessen partizipieren.

Wichtig ist uns auch eine Weiterentwicklung der Innovationsförderung des Landes Berlin. Wir wollen die vorhandenen Institutionen noch strategischer aufstellen und die Förderung aus einer Hand ermöglichen. Zu diesem Zweck werden wir in den kommenden fünf Jahren die Berlin Partner GmbH und die TSB GmbH zusammenführen.

Zu VII.: Aktionsfeld Verkehr und Stadtentwicklung

Die SPD steht für den Ausbau der Infrastruktur – für neue Verkehrswege und schnelle Anbindungen an Europa und die Welt. In den kommenden fünf Jahren werden wir weiterhin in die Berliner Infrastruktur investieren und damit günstige Bedingungen für Investoren schaffen.

Gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund realisieren wir bis 2012 das größte Infrastrukturprojekt im Osten Deutschlands – den neuen Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg „Willy Brandt“. Durch eine gute Entwicklung des neuen Flughafens und seines Umfelds, durch die Verknüpfung mit Adlershof und leistungsstarken Verkehrswegen in die Stadt können wir zehntausende Arbeitsplätze schaffen. Zudem wollen wir den Flughafen Tegel nach seiner Schließung zu einem Forschungs- und Industriepark für Zukunftstechnologien ausbauen. Am Standort Buch werden wir die Errichtung einer „Medical City“ vorantreiben, um Kompetenzen in Forschung und Entwicklung zu bündeln.

Unser gesamtstädtisches Verkehrskonzept entlastet die Wohngebiete und die Innenstadt vom Autoverkehr, und sieht u. a. die Verlängerung der A100 bis zum Treptower Park vor. Mit sinnvollen Umgehungsstraßen wie der Tangentialverbindung Ost (TVO) und einer intelligenten Verkehrslenkung gestalten wir insbesondere Wirtschaftsverkehre effektiver und ökologisch verträglicher.

Wir wollen das bestehende Schienennetz erweitern und Berlin zum Verkehrsknoten zwischen Nord und Süd sowie Ost und West ausbauen. Durch den Anschluss an das Straßennetz wird der Hauptbahnhof noch besser an den ÖPNV angebunden. Die S-Bahn muss ihre Leistung dringend verbessern, wir erwarten von der Deutschen Bahn AG die strikte Einhaltung des Beförderungsvertrages. Eine (Teil-)Ausschreibung der Berliner S-Bahn lehnen wir jedoch ab.

Im Bereich Wohnungs- und Mietpolitik ist es unser übergeordnetes Ziel, bezahlbare Mieten für alle Menschen in unserer Stadt zu sichern. Aus diesem Grunde sind wir nicht dazu bereit, Maßnahmen zu unterstützen, die auf eine Erhöhung der Berliner Wohneigentumsquote abzielen.

Zu VIII.: Aktionsfeld Wirtschaft und Umwelt

Energie- und Ressourceneffizienz sind die Schlüssel zu neuen und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und zum Wachstum von Industrie und Handwerk. Berliner Unternehmen arbeiten hier führend an den drängenden Problemen unserer Zeit: an einer spürbaren Senkung der CO₂-Emissionen, an umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen.

Berlin ist schon heute ein Zentrum nachhaltiger Technologien, von der Energieerzeugung über das Abfallrecycling bis hin zur intelligenten Mobilität. Deshalb werden wir die mit sehr hohen Wirkungsgraden und praktisch schadstofffrei arbeitende sowie dezentral und effizient in vielen Bereichen einsetzbare Brennstoffzellen-Technologie in Berlin gezielt fördern. Dazu werden wir unsere Kompetenzfeldstrategie um konkrete Wertschöpfungsprofile und -ketten erweitern, u. a. bei der nachhaltigen Energie- und Kreislaufwirtschaft.

Bei der Anpassung an den Klimawandel wird das Land Berlin vorbildlich agieren. Wir werden das Berliner Klimaschutzziel, das eine 40-prozentige Reduktion der CO₂-Ausstöße bis 2020 vorsieht, konsequent umsetzen. Unsere Programme zur Gebäudesanierung stellen Energieeffizienz in den Mittelpunkt. Überdies gestalten wir die Gebäudebewirtschaftung der landeseigenen Immobilien nachhaltig. Zudem wollen wir das „Energie-Contracting“, also die Lieferung von Energie und die Bereitstellung von Betriebsanlagen durch externe Dienstleister, noch weiter ausbauen und mit energetischer Sanierung kombinieren. Eine wichtige Rolle wird dabei die Berliner Energieagentur spielen.

Durch den Aufbau landeseigener Berliner Stadtwerke werden wir öffentliche Kontrolle über Energie-, Gas- und Stromnetze ausüben und haben eine bessere Möglichkeit der ökologischen Lenkung. Auch den ÖPNV werden wir ökologischer gestalten. Busse und Bahnen werden auf umweltfreundliche Techniken wie Erd- und Biogas, Brennstoffzellen und regenerative Energien umgestellt.

Zu IX.: Aktionsfeld Haushalt, Recht und Wettbewerb

Eine sparsame öffentliche Verwaltung, strikte Ausgabendisziplin und leistungsfähige, aber schlanke öffentliche Unternehmen bestimmten in den letzten Jahren den sozialdemokratischen Haushaltskurs. Wir werden diesen Weg der stabilen Finanzen auch in der kommenden Legislaturperiode fortführen. Dazu muss der in der Finanzplanung vorgegebene Ausgabenpfad eingehalten werden.

In den kommenden Jahren setzen wir weiterhin auf eine positive Entwicklung der Berliner Wirtschaft. Weiteres Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze, und auch der Haushalt wird durch steigende Steuereinnahmen entlastet. Hierbei wollen wir gerade auch die Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessern, indem wir die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand möglichst kleinteilig gestalten. Angesichts der schwierigen Haushaltslage sehen wir jedoch keinen Raum für Steuersenkungen.